

## Nachhaltigkeit konkret

Angesichts der Flüchtlingsströme, der Menschen, die im Mittelmeer sterben und der großen Herausforderungen, die damit verbunden sind, kann man sich fragen, ob jetzt nicht etwas anderes dran ist, als dass Kirche sich mit Nachhaltigkeit und öko-fairer Beschaffung beschäftigt. Diese Frage ist auf der einen Seite berechtigt. Und die vielen Kirchengemeinden, Christinnen und Christen, die sich intensiv um die Flüchtlinge kümmern, zeigen das breite Engagement für Flüchtlinge. Auf der anderen Seite sind aber unser übergroßer Ressourcenverbrauch, der Klimawandel und unfaire Handelsbedingungen auch Ursachen für Flucht und Vertreibung. In Zukunft rechnen Experten mit vielen Menschen, die aufgrund von Klimawandel, Umweltzerstörung, Armut oder Landverlust ihre Heimat verlassen, weil diese für sie keine Lebensperspektive mehr bietet. Industrieländer wie Deutschland müssen deshalb ihren Ressourcenverbrauch reduzieren und fairer und ökologischer wirtschaften, damit eine nachhaltige Entwicklung möglich wird und Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.

Wenn die Vereinten Nationen die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele verabschieden, die bis 2030 erreicht werden sollen, sind erstmals auch die Industriestaaten gefordert, diese Ziele zu verwirklichen. Doch die weltweit erste Bestandsaufnahme zeigt: Die meisten Industrienationen sind weit davon entfernt, als Vorbilder für eine nachhaltige Entwicklung zu dienen. Eine aktuelle Bertelsmann-Studie zu den UN-Nachhaltigkeitszielen sieht besonderen Nachholbedarf darin, die Kluft zwischen Arm und Reich zwischen Ländern des Nordens und des Südens, aber auch innerhalb der Länder, zu verringern und ein nachhaltiges Produktions- und Konsumverhalten zu verwirklichen. Sie konstatiert: „Aufgrund ihrer Unfähigkeit, gegen die wachsenden sozialen Unterschiede vorzugehen, und ihrer Überbeanspruchung von Ressourcen, können die einkommensstarken Staaten von heute in ihrer gegenwärtigen Form nicht mehr als Vorbild für Entwicklungsländer dienen. Was nachhaltige Entwicklung angeht, sind nunmehr alle Länder Entwicklungsländer. Daher muss künftig ein neues, inklusiveres und nachhaltigeres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell angestrebt werden.“

Ein Schritt zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell sind nachhaltigere Konsummuster. Bei jedem Einkauf entscheiden wir mit: über faire oder unfaire Arbeitsbedingungen weltweit, ob weitere Kohlekraftwerke gebaut werden oder Windräder, ob Wälder abgeholzt oder erhalten werden, ob Familien weltweit ihren Kindern eine Perspektive bieten können. Wer einkauft, entscheidet mit!

### Zum Beispiel Papier

Weltweit verursacht der steigende Papierverbrauch eine wachsende Nachfrage nach dem Rohstoff Holz. Immer mehr Primärwälder werden abgeholzt und Holzplantagen angelegt, um diesen Bedarf befriedigen zu können. Deutschland importiert zum Beispiel große Mengen an Zellstoff aus Nordeuropa, Nord- und Südamerika. Urwälder im Norden und im Süden fallen dem Papierkonsum zum Opfer. Mit den Wäldern verschwinden Tier- und Pflanzenarten, Menschen werden vertrieben. Der hohe Bedarf erhöht auch die Konkurrenz um Flächen. So steht weniger Land für die Nahrungsmittelproduktion oder den Naturschutz zur Verfügung.

Wer Recyclingpapier verwendet, schont Wälder und entlastet die Umwelt. Im Vergleich zu Frischfaserpapier wird bei der Herstellung von Recyclingpapier etwa die zweieinhalbfache Menge weniger Wasser und Energie verbraucht. So spart ein 500 Blatt-Paket Recyclingpapier die Menge an Energie, mit der eine 20-Watt-Energiesparlampe 220 Stunden lang brennen könnte.

Wenn in Deutschland der Anteil an Recyclingpapier bei Büropapieren von derzeit 20 auf 50 Prozent steigen würde, könnte jedes Jahr

- ein Naturraum entlastet werden, der mit 229 Quadratkilometern fast der halben Fläche des Bodensees entspricht,
- die Abwassermenge einer Stadt mit 45.000 Einwohnern eingespart werden,
- eine Treibhausgasmenge aus fossiler Energie eingespart werden, die eine Kleinstadt mit 8.000 Einwohnern produziert.

Neben dem „anderen“ Einkauf ist es noch entscheidender, weniger einzukaufen, weniger zu verbrauchen, sparsamer zu wirtschaften. Sei es beim Papier, bei Strom, bei Lebensmitteln. So gelangen in Deutschland täglich 1.400 Tonnen Brot in den Abfall. Bäckereien entsorgen durchschnittlich 10 bis 20 Prozent ihrer Tagesproduktion – jedes fünfte Brot landet im Müll. Und Brot ist nur ein Beispiel. Auch Gemüse, Obst, Käse, Fisch und Fleisch werden großzügig entsorgt. Pro Kopf und Jahr landen 80 Kilogramm Lebensmittel in Deutschland im Müll. 65 Prozent dieser Lebensmittelabfälle könnten völlig oder zumindest teilweise vermieden werden. Dies ist eine Verschwendung kostbarer Ressourcen wie Boden, Wasser und Energie in einer Welt, in der diese immer knapper werden. Ein Viertel des weltweiten Wasserverbrauchs wird für Nahrungsmittel verwendet, die später in den Müll wandern. Weizen ist einer der Top-Wasser-Verbraucher. Um Weizenfelder zu bewässern, braucht es rund 790 Milliarden Kubikmeter Wasser jährlich. Das entspricht rund 12 Prozent des Verbrauchs im weltweiten Feldanbau. Das bedeutet, dass ein Ein-Kilo-Brot alleine durch den Weizen 1.300 Liter Wasser "beinhaltet" (rund zehn gefüllte Badewannen), eine Scheibe Brot ca. 40 Liter. Zudem heizt die Verschwendung den Klimawandel weiter an. Bis zu 10 Prozent der weltweiten Emissionen könnten eingespart werden, wenn wir die Lebensmittelverschwendung einstellen würden.

Als Kirchen können wir nur dann von der Politik bessere Rahmenbedingungen für ökologische und faire Produktion einfordern und von Unternehmen, Kommunen und anderen Institutionen ein anderes Wirtschaften verlangen, wenn wir in dem Bereich selbst glaubwürdig sind. Wir können nicht „Wasser predigen und selbst Wein saufen“, sondern müssen auch vor der eigenen Tür kehren – auch bei den Konsummustern, also bei der Beschaffung. Die Kirchen sind in diesem Bereich noch schlafende Riesen. Als zweitgrößter Arbeitgeber in Deutschland haben die katholische und evangelische Kirche einen großen Bedarf an Produkten und Dienstleistungen aus den Bereichen Büro, Hauswirtschaft oder Energie. Das geschätzte Gesamtvolumen kirchlicher Beschaffung



Katja Breyer (Diplom-Forstingenieurin) arbeitet als Referentin für die Fachstelle Eine Welt und Entwicklungspolitik beim Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Entwicklungspolitik, Brot für die Welt und Kirchlicher Entwicklungsdienst

in Deutschland liegt bei 60 Milliarden Euro, davon 80 Prozent durch Einrichtungen der Diakonie und Caritas. Rund 766 Millionen Euro werden allein für Lebensmittel in stationären Einrichtungen der Diakonie jährlich ausgegeben. Das geht aus der Ökofair-Studie des Südwind-Instituts für Ökologie und Ökumene hervor.

Bei 21.000 evangelischen und 24.500 katholischen Kirchengebäuden in Deutschland wird deutlich, welches riesige Beschaffungsvolumen und welche Marktmacht sich damit verbinden. Wenn es gelänge, dieses kirchliche Beschaffungspotenzial ökologisch und fair auszurichten und Ressourcen einzusparen, würde dies sehr positive Folgen auf Umwelt- und Klimaschutz und auch auf Lebensbedingungen im Süden haben. Öko-faire Beschaffung und ein sparsames Wirtschaften in den Kirchen, zum Beispiel durch das Projekt „Zukunft einkaufen“, schafft Handlungsspielräume, entlastet die Umwelt unmittelbar und

sorgt ein Stück weit für sozialverträglichere und gerechtere Arbeitsbedingungen. Es steht der Einstellung entgegen, man könne ja doch nichts tun.

Das Projekt „Zukunft einkaufen“ zeigt auch, dass der Funke von Einrichtungen oder Kirchengemeinden in den privaten Bereich überspringen kann. Indem sich kirchliche Einrichtungen und Gemeinden auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit machen, denken auch viele Mitarbeitende und Mitglieder über ihr privates Wirtschaften und ihren Einkauf nach und verändern diesen.

Es kann gar nicht genug öko-faire Initiativen geben.

Aber der öko-faire Einkauf allein reicht nicht für eine nachhaltige Entwicklung. Ein Beispiel aus dem „Südwind Cocoa-Barometer 2015“ zeigt es. Der Faire Handel ist ein wichtiges, aber auch begrenztes Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit. Aufgrund des geringen Kakaopreises, der hohen Kosten für

Dünger, der geringen Produktivität und der Abhängigkeit von einem einzigen Produkt verdienen Kakaobauern in der Elfenbeinküste im Durchschnitt nicht mehr als 0,50 Cent pro Tag. Dieses Einkommen liegt weit unterhalb der Armutsgrenze. Der Prämienaufschlag von Fairtrade oder anderen Zertifizierungsorganisationen von 10 bis 15 Prozent kann hier nur in begrenztem Umfang helfen. Das Einkommen müsste vervierfacht werden, um Kakaobauern aus der Armut zu befreien.

Einer der Gründe für die Verarmung der Kakaobauern und -bäuerinnen ist die unfaire Verteilung der Wertschöpfung und der Marktmacht. Fusionen und Übernahmen haben dazu geführt, dass nur wenige Großkonzerne bis zu 80 Prozent der Wertschöpfungskette kontrollieren. Schokoladenproduzenten (z. B. Nestlé, Mars, Ferrero, Mondelez), Kakaoverarbeiter (z. B. Barry Callebaut, Cargill) und Einzelhandelsunternehmen verfügen über eine große Macht auf dem Markt und können so ihre Interessen durchsetzen. Rund 5,5 Millionen Kakaobäuerinnen und Kleinbauern sind dagegen größtenteils unorganisiert und weitgehend machtlos.

Kakaobauern bleiben bei diesen ungerechten Strukturen weiter in der Armut gefangen und Kinder müssen weiter auf Plantagen mitarbeiten, weil das Einkom-



men der Kakaobauern nicht ausreicht, um Lohnarbeiter zu bezahlen. Damit Kakaobauern mehr Lohn erhalten, muss in der Wertschöpfungskette dafür gesorgt werden, dass mehr Geld bei den Kakaobauern bleibt – Schokolade muss teurer werden.

Zudem müssten die Regierungen der Länder dafür sorgen, dass sich die Lebensbedingungen der Kakaobauern verbessern, dass Krankenhäuser und Schulen gebaut und unterhalten werden, dass Kakao- und Kaffeebauern Weiterbildungen erhalten und ihre Felder diversifizieren und dass Existenz sichernde Mindestlöhne durchgesetzt werden. Doch viele Regierungen investieren zu wenig in die Landwirtschaft und werden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Zudem müssen Unternehmen entlang ihrer Lieferkette auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards achten. Ein freiwilliges Engagement von Unternehmen ist dafür nicht ausreichend, gesetzliche Regulierungen sind nötig. Auch müssen Regierungen gegen eine weitere Machtkonzentration von Kakaoverarbeitern und Einzelhandelsunternehmen vorgehen. Der Faire Handel ist kein Alleskönner und kann es auch nicht sein. Unter den bestehenden, ungerechten Bedingungen stößt der Faire Handel an Grenzen. Er zeigt aber, dass eine menschen-

freundlichere Art des Wirtschaftens und Handelns möglich ist und dass viele Menschen dies unterstützen und sich dafür einsetzen.

Doch nicht nur Kakao ist zu billig. Es werden nur dann weniger Lebensmittel weggeworfen werden, wenn Nahrungsmittel eine neue Wertschätzung erfahren. Nur höhere Preise werden Bäuerinnen und Bauern langfristig ein ausreichendes Einkommen sichern. Wir „leisten“ es uns in Deutschland, Lebensmittel in großen Mengen wegzuwerfen. Das zeigt, dass wir Lebensmittel „unter Wert“ handeln.

Der Faire Handel und eine gerechtere Welt brauchen Kaufentscheidungen von Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, um notwendige Veränderungen in Politik und Gesellschaft zu erreichen. Neben dem Engagement für den Fairen Handel sind wir aufgerufen, uns einzusetzen für gutes Regierungshandeln, einen gerechteren Welthandel, mehr Wertschätzung für Lebensmittel und Unternehmensverantwortung.

Der Faire Handel zeigt, es braucht beides. Es braucht den aufgeklärten, ökofairen Konsum, Projekte wie „Zukunft einkaufen“, die Politik mit dem Einkaufswagen, die Kirche, die im eigenen Bereich klar handelt, also öko-fair be-

schafft, Energie spart, aktiv Klimaschutz betreibt.

Aber es braucht auch den Bürger und die Bürgerin sowie die Kirche, die sich politisch einmischen. Wir brauchen unterstützend und begleitend eine Politik, die die notwendigen Rahmenbedingungen für mehr Nachhaltigkeit setzt, damit ein öko-faires Wirtschaften gefördert, Klimaschutz umgesetzt und soziale Gerechtigkeit verankert wird. Tariftreue- und Beschaffungsgesetze sind dabei wichtige Maßnahmen, ebenso wie eine konsequente Ressourcenbesteuerung, Emissionsabgaben, Subventionsabbau, kontrollierbare Standards für die weltweiten Lieferketten. Politische Regulierung ist notwendig, damit nachhaltige Entwicklung umgesetzt wird und Deutschland nicht Entwicklungsland in Sachen Nachhaltigkeit bleibt.

Die Kirchen sind aufgefordert im eigenen Bereich glaubwürdig zu handeln sowie Klartext zu reden und sich dabei politisch einzumischen für eine nachhaltige, sozialgerechte und umweltverträgliche Entwicklung.

Katja Breyer

## ÖKOLOGISCH UND FAIR NACHHALTIGKEIT KONKRET

## GESICHTER



**Christoph Laugs**, 61 Jahre, Kolpingsfamilie Xanten, Seit 1992 Mitglied und Kassierer, seit 2014 stellvertretender Vorsitzender der Kolpingsfamilie und des Aufsichtsrates der Kolping Jugendwohnen Land Oldenburg gGmbH.

### Ist „Nachhaltigkeit“ in eurer Kolpingsfamilie Thema?

Nachhaltigkeit ist etwas, womit sich unsere KF seit vielen Jahren sehr intensiv beschäftigt. Wir kooperieren seit mehreren Jahren mit der hiesigen Eine Welt-Gruppe. Anlässlich der letzten Fußball-WM haben wir in der Stadt ein Menschenkickerturnier durchgeführt und in diesem Zusammenhang auf fair produzierte und fair gehan-

deltete Fußbälle hingewiesen.

### Leistet ihr in eurer Kolpingsfamilie einen konkreten Beitrag zum ökologischen und fairen Umgang mit Ressourcen?

Mit unseren Gebrauchtkleider-Sammlungen tragen wir dazu bei, dass Textilien einer sinnvollen Wiederverwendung zugeführt werden können und nicht im Müll landen. Darüber hinaus werben wir seit nunmehr fünf Jahren mit einem „Fairen Frühstück“ für fair gehandelte Produkte und Produkte aus der Region. Die Aktion führen wir ebenfalls mit der Eine Welt-Gruppe Xanten durch. Die Teilnehmerzahl schwankt zwischen 80 und 100 Personen. Jeder Gast ist uns willkommen. In diesem Jahr werden die beiden Kirchengemeinden die „Magna Charta Oecumenica-Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit“ unterzeichnen.

### Wo stoßt ihr dabei an Grenzen?

Natürlich gibt es Grenzen, nicht alle Bür-

gerinnen und Bürger können sich fair gehandelte Produkte leisten. Aber jede Tasse Kaffee oder Tee, jede Schokolade, die aus dem „Fairen Handel“ kommt, hilft. Wichtig ist es anzufangen und dann auch weiter zu machen.

### Gibt es in eurer Gemeinde oder Stadt Angebote für nachhaltigen Konsum?

Xanten ist seit einigen Jahren Fairtrade Town. Diese Auszeichnung erhält man nur, wenn es genügend Geschäfte gibt, die fair gehandelte Waren anbieten. Gleichzeitig müssen aber auch die Städte und Gemeinden sich verpflichten, fair gehandelte Produkte, zum Beispiel beim Ausschank bei Ratssitzungen, zu verwenden. Besonders stolz sind wir darauf, dass bereits eine Schule mit dem Fairtrade-Siegel ausgezeichnet wurde. Weitere Schulen sind auf dem Weg dorthin. Das Bewusstsein des Fairen Handels kann nicht früh genug entwickelt werden.